

Missverständnisse und Missverhältnisse monetärer Souveränität in Europa

Eine dreiteilige Reihe zu monetärer Souveränität

Als das Protokoll für die Produktion und den Betrieb der Kryptowährung Bitcoin 2008 veröffentlicht wurde, deuteten viele das als Beginn einer monetären Revolution. Die unter dem Namen Satoshi Nakamoto agierende Autor*in hatte den Bitcoin als ein von Staaten und Banken unabhängiges, allein durch private, mit dem Internet verbundene Computer betriebenes Zahlungsmittel und Zahlungssystem initiiert. Heute changiert die Bedeutung des Bitcoins: einerseits ist er ein Symbol für die diffusen Potenziale des World Wide Web, andererseits steht er fast schon als Synonym für Spekulation und gescheiterte digitale Träume. Er war allerdings wegweisend, heute werden um die 3000 Kryptowährungen gehandelt, die alle mehr oder weniger stark von Bitcoin inspiriert abseits politischer Kontrolle Geld schöpfen und Zahlungen regeln.

Die Welt des Geldes ist in Bewegung, neue Zahlungsmittel sprießen aus dem Boden, neue Zahlungsabwicklungen werden erprobt (man denke etwa an das *M-Pesa*-System des Mobilfunkkonzerns Vodafone), aber auch die „klassischen“ Währungen buhlen um Aufmerksamkeit: In den letzten zehn Jahren hat sich die von der Europäischen Zentralbank (EZB) gemessene offizielle Geldmenge M1 mehr als verdoppelt.

All diese Entwicklungen rufen Fragen nach der *Kontrolle des Geldes* auf: wer in der Welt des Monetären eigentlich welche *Kontrollchancen* für sich reklamieren kann, welche *Kontrollbedürfnisse* eine stabil funktionierende Geldordnung mit sich bringt, welche ökonomischen und sozialen Verwerfungen durch *Kontrollverluste* über die Geldordnung erklärt werden können und welchen *Kontrollbedarf* demokratische Gemeinschaften artikulieren können, müssten oder sollten. Diesen Problemkomplex adressiert die (zunächst) dreiteilige Reihe bei Soziopolis mit der Chiffre der *monetären Souveränität*.

Die Hamburger Sozialwissenschaftler*innen Friedo Karth, Carolin Müller und Aaron Sahr nehmen politische Reaktionen auf Facebooks Pläne für eine eigene Währung zum Anlass, über die Herstellung von Zahlungsfähigkeit nachzudenken.

Das heißt, sie schreiben über privatwirtschaftliche und politische Geldschöpfung.

Der erste Beitrag erarbeitet einen konzeptuellen Vorschlag zur Erfassung der Kontrollproblematik und konzentriert sich dann auf die Geldschöpfung durch private Banken. Der zweite Aufsatz nimmt die spezielle Konstitution der Eurozone mit ihrer „Privatisierung“ staatlicher Zahlungsfähigkeit in den Blick. Der finale Teil der Trilogie versucht sich schließlich an einer Verallgemeinerung und deutet die wirtschaftssoziologischen Potenziale des Konzepts „monetäre Souveränität“ an.

Ideen für eine Fortführung der Reihe, seien es Repliken oder neue Schwerpunktsetzungen, sind uns hochwillkommen.

Die Redaktion
